

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Carolin Weitzel,
liebe Mitarbeitende der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,**

während der Haushaltsplanberatungen kamen mir noch einmal die Beweggründe in den Sinn, die mich veranlassten, mich kurz vor der letzten Kommunalwahl politisch zu engagieren.

Denn diese Gründe sind eng damit verbunden, warum der nun zur Abstimmung stehende Haushalt statt vieler schöner politischen Botschaften vor allem eine rationale Handschrift trägt. Zudem ist im politischen Raum immer wieder zu erkennen, dass mangelnde Kommunikation über die Ziele und die Beweggründe von politischen Entscheidungen zu Akzeptanzverlust in der Bevölkerung führen oder gar zum völligen Kippen von Entscheidungen, wie jüngst bei der Diskussion zum neuen Heizungsgesetz im Bund zu sehen war.

Versetzen wir uns also alle gemeinsam in den September 2020.

Sie werden mir wohl zustimmen, wenn ich sage, dass zu diesem Zeitpunkt weder absehbar war, dass ich in Friesheim Ortsbürgermeister würde, noch dass ich heute hier als CDU Partei- und Fraktionsvorsitzender der stärksten Fraktion im Rat der Stadt Erftstadt eine Rede zum Haushalt vortragen würde.

Vielmehr war ich ein im Jahr 2011 zugezogener Bürger dieser Stadt, der sich vor allem darüber geärgert hat, dass die Entwicklungsmöglichkeiten für eine Stadt wie Erftstadt, die sich im unmittelbaren Umfeld zu der Großstadt Köln befindet, nicht ausgeschöpft werden.

Ich habe mich darüber geärgert, dass Entscheidungen zu lange brauchen, dass Prozesse zu langwierig sind, dass Verwaltung zu wenig serviceorientiert ist und dass Politik nicht den Mut hat, auch unbequeme Entscheidungen zum Wohle der Stadt zu treffen. Ich war irritiert über den Umgang der politischen Parteien im Rat der Stadt Erftstadt, über das wechselseitig scheinbar vorhanden

grundlegende Misstrauen für die Ideen der Fraktionen anderer Couleur, über die Art und Weise der Auseinandersetzung – schließlich befinden sich die Ratsmitglieder alle auf der ehrenamtlichen, kommunalen Ebene.

Als selbständiger Unternehmer war ich zudem der Auffassung, dass ich die notwendigen Skills, wie Führungserfahrung, Lösungskompetenz, Vermittlungsfähigkeit und Motivation, mitbringe, um gemeinsam mit anderen im Rat, die ebenfalls aufgeschlossen sind, neue Impulse zum Wohle unserer Stadt Erfstadt zu setzen.

Nach 2 ½ Jahren aktiver Kommunalpolitik kann ich feststellen, dass Skills und Motivation alleine nicht ausreichen, um kurzfristig^^e Erfolge zu feiern.

Der Grund: Diese Stadt hat erhebliche und tiefgreifende strukturelle Defizite. Wir müssen in Erfstadt sicherlich noch einmal vertieft die Ausgabenseite beleuchten. Doch Potentiale in Ablauf und Struktur sind nur mittelfristig zu heben und helfen uns für den jetzigen Haushaltsansatz nicht. Für Erfstadt bleibt festzustellen: Das meiste sind Pflichtaufgaben. Wirklich sichtbare, politische Leuchtturmprojekte, die das Budget verschlingen, sind in unserer Stadt nicht vorhanden.

Entscheidend ist: Wir haben schlicht und ergreifend zu wenig Einnahmen.

Das allerdings ist, mit Blick auf die nackten Zahlen seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, Fakt.

Betreibt man entsprechende Ursachenforschung, so fällt auf, dass es Ursachen gibt, die in unserer Verantwortung stehen, aber auch jene, die übergeordnet und damit durch uns nicht veränderbar sind. Bevor ich also auf das eingehe, was wir selbst angehen können und vor allem müssen, möchte ich darauf eingehen, was übergeordnet schief läuft und dazu führt, dass ein Großteil der Kommunen defizitär arbeiten müssen.

Bund und Land tragen aus meiner und unserer Sicht eine erhebliche Verantwortung für die substantielle Unterdeckung der Kommunen. Immer mehr Aufgaben wurden auf die kommunale Ebene verlagert, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Dass in unserem Staatsrecht in Artikel 104a GG verankerte Konnexitätsprinzip wird dabei, aus unserer Sicht, zu oft nicht ausreichend beachtet. Im Bereich Schule ist der Kostendeckungsgrad in den letzten Jahren in unserer Kommune stetig gesunken. Durch den geschaffenen Rechtsanspruch auf einen offenen Ganztagsplatz ab 2026 wird sich die finanzielle Situation noch weiter verschärfen. Weder zur Finanzierung, noch zu Raumprogrammen oder aber zu pädagogischen Qualitäten bei fehlendem Fachpersonal wurden bisher verbindliche Aussagen getroffen. Um entsprechende Gebäudeinfrastrukturen zu schaffen, benötigen die Kommunen aber nicht nur ausreichende Finanzmittel, sondern insbesondere auch das Personal zur Realisierung.

Hinzu kommen die gesetzten politischen Ziele. Wir wollen geflüchtete Menschen integrieren, was notwendig ist für eine offene Gesellschaft, die diese Integration auch akzeptiert. Wir bekommen aber nicht die ausreichenden und notwendigen finanziellen Mittel, um neben einer adäquaten Unterbringung auch gleichzeitig die notwendigen Kita- und Schulplätze zu schaffen. Zudem sind wir nicht in der Lage, unser System so zu organisieren, dass wir schnell darüber entscheiden, wer eine Bleibeperspektive hat und wer nicht. Wir schicken Menschen nach Hause, die Deutsch sprechen, die eine Ausbildung absolvieren oder absolviert haben, deren Vorgesetzte sie nachweislich weiterbeschäftigen wollen, nur, weil es unsere Regeln nicht hergeben. Stattdessen dulden wir andere, die das nicht leisten und keine Bleibeperspektive haben.

Ich persönlich halte das für schizophren: Ich kenne einen Fall einer kolumbianischen Pflegekraft, die keinen Cent Unterstützung durch unseren Staat erhalten hat, sich selbst finanzierte und die man dennoch zurückgeschickt hat, obwohl wir alle wissen, dass Pflegekräfte händeringend gesucht werden. Diese systemischen Fehler müssen abgestellt werden. Wer Willens ist, sich zu

integrieren, unsere Regeln akzeptiert und einen Beitrag für unsere Sozialsysteme leistet, sollte selbstverständlich willkommen sein. Gleiches gilt für Menschen nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Ein weiterer Punkt sind die sich stetig verschärfenden gesetzlichen Vorgaben im Baurecht. Angefangen von Barrierefreiheit über energetische Belange und Sicherheitsvorschriften bis hin zum Arten- und Umweltschutz. Wussten Sie, dass Sie beim Bau einer Straße das Lichtprofil des Fahrradfahrers untersuchen müssen, der sich daneben auf dem Radweg befindet? Solche Auswüchse unserer Gesetzgebung meine ich. Wir leiden an Überregulierung. Gut gemeint ist eben oft nicht gut gemacht.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Der Weg ist richtig und notwendig. Aber er muss auch für eine Kommune finanzierbar bleiben, wenn er gewollt und gewünscht ist. Deshalb sind solche Gesetzesvorhaben auch für die Kommunen durch den jeweiligen Gesetzgeber zu finanzieren.

Bei manchen dieser Regelungen frage ich mich aber auch, wie die Allermeisten von uns, die hier heute im Ratssaal sind, überhaupt groß geworden sind, ohne den Hinweis beispielsweise aus dem Arbeitsschutz für Bürokräfte, dass Spülmaschinentabs nicht als Bonbon zu verwenden sind.

Naja, aber das ist ein anderes Thema – hier würde ich mir gesellschaftlich wünschen, dass wir auch mal wieder ein Stück mehr auf Eigenverantwortung setzen, die übrigens auch Teil des christlich-sozialen Menschenbildes ist.

Jedenfalls kann und darf es nicht sein, dass man sich in Bund und Land als hauptamtlich bezahlte Politik dafür feiert, die kitafreien Jahre einzuführen (was ich grundsätzlich befürworte), wenn dies aber im Gegenzug dazu führt, dass in allen Kommunen die Defizite steigen. Denn die derzeit gezahlten Pauschalen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) decken lediglich ca. 30 Prozent der anfallenden Kosten für die Kinderbetreuung, in den für Eltern beitragsfreien Jahren. Die

kostenfreien Kitajahre gibt es nicht umsonst. Sie werden über kommunale Steuern und Beiträge finanziert und nicht durch das Land oder gar den Bund.

Ein Beispiel aus der Praxis zeigt, wie der bisherige Flickenteppich in der Frage der Beitragsfreiheit bei den betroffenen Bürgern vor Ort für Unverständnis sorgt. Die Stadt Erfstadt steht in den kommenden drei Jahren vor der besonderen Herausforderung, die Haushaltssicherung zu verlassen und zur regulären Haushaltsführung überzugehen.

Bildung fängt aber bekanntlich in der Kindertagesstätte an. Allein das Defizit im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege beträgt in Erfstadt rund 14,7 Mio. Euro (aufgeteilt in ein Defizit von 7 Mio. Euro für den Betrieb 12 eigener Kitas sowie einem Defizit für den Betrieb von 21 Kitas freier Träger sowie ca. 50 Kindertagespflegepersonen). Anders ausgedrückt: Würden hier für die Kommune nur 50 % der tatsächlichen Kosten anfallen, wäre der städtische Haushalt ausgeglichen. (Anders gesagt: Würden gesetzlich festgelegte Kitajahre auch tatsächlich durch das Land finanziert, wären wir aus dem Schneider.) Dies ergibt sich insbesondere aus dem Umstand, dass 55 % (Stand 2021: 970 Kinder) gemäß § 50 KiBiz gesetzlich beitragsbefreit sind. Lediglich ca. 26 % (Stand 2021: 453 Kinder) der Kinder sind Zahlkinder und die zahlenden Eltern werden bereits jetzt wieder erheblich mehr belastet, wobei die monatlichen Beiträge auch hier nicht ins Unermessliche steigen können. Wir halten die Bildung und soziale Entwicklung unserer Kinder für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Bund und Land auch in Gänze zu tragen haben. Wir sind daher gezwungen, diese Steigerungen über Steuern und Beiträge an die Bürgerschaft weiterzugeben. Die Erstattungspauschalen des KiBiz müssen daher den gestiegenen Kosten angepasst werden. Ebenso muss geklärt werden, welche rechtlichen Rahmenbedingungen die Kommunen in NRW in der OGS-Thematik für 2026 zu erwarten haben, da die Kommunen gerade mit Blick auf den investiven Ausbau besonders dringend auf Förderrichtlinien warten.

Kommen wir aber nun zu dem, was wir beeinflussen können:

Erfstadt krankt daran, dass wir uns zumindest für den Zeitraum, den ich persönlich überblicken kann, also seit 2011, kaum entwickelt haben:

- Es gibt keine Industrieflächen, die vermarktet werden könnten und zu Gewerbeeinnahmen führen.
- Es gibt keine freien Gewerbeflächen, für die das gleiche gilt.
- Und es gibt auch keine Wohnbauflächen, die über Schlüsselzuweisungen und Lohnsteueranteile zur Finanzierung beitragen.
- Die Verwaltung hat – objektiv betrachtet – zu wenig Personal für die anfallenden Aufgaben. Es fehlt der Blick über den Tellerrand: So wurden die Gebühren/Beiträge zum Teil seit 10 Jahren nicht mehr angepasst und das obwohl dies intern bekannt war.

Das darf sich in der Zukunft nicht wiederholen. Wir müssen dafür sorgen, dass dies regelmäßig erfolgt. Das positive ist: Hier ist die Verwaltung jetzt auf dem richtigen Weg. Was sich also über Jahre angestaut hat, kommt wie bei einem Vulkan jetzt an die Oberfläche.

Zugegeben: Ich hätte mir als einer, der jetzt in seinem Amt Verantwortung tragen muss, gewünscht, dass mir das nicht gerade zu Beginn meiner Tätigkeit direkt vor die Füße fällt. Dieser Haushalt ist kein Haushalt, für den man Lorbeeren erntet.

Nein. Es ist ein Haushalt der pragmatischen Vernunft.

Mit der Erhöhung der Verwaltungsgebühren, der Rettungsdienstgebühren, der Musikschulgebühren und der Kita-/OGS-Gebühren sowie einer Erhöhung der Grundsteuer um 80 Hebesatzpunkte bauen wir das Fundament für Erfstadt, die strukturellen Defizite anzugehen.

Insbesondere der nächste Haushalt wird noch einmal ein Kraftakt werden, um das Abrutschen in den Nothaushalt zu vermeiden. Denn Nothaushalt bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger die unmittelbare Anhebung von Steuern, Gebühren

und Beiträgen in wesentlich höherem Umfang – und dass eben ganz ohne politische Abwägung.

Wer etwas anderes fordert, steht für das Gestern, für ein „Weiter so“ in dieser Stadt.

Genau diese Rückwärtsgewandtheit hat unsere Stadt dort hingebacht, wo sie steht. Der fehlende Mut zur Veränderung, der fehlende Mut, sich in den Sturm zu stellen, der fehlende Mut, die Defizite zu benennen und anzugehen. Auch wir können Ihnen keine Garantie geben, dass der Plan aufgeht, denn Corona oder der Ukraine-Krieg haben gezeigt, wie schnell Planungen in sich zusammenbrechen können. Aber dafür muss es einen Plan B geben und den gibt es.

Der Plan B heißt: Bessere und konsequente Stadtentwicklung.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft in Form einer AÖR (Anstalt öffentlichen Rechts), sollte noch in diesem Jahr gegründet werden. Denn wir schaffen uns damit eine Perspektive, auch für den Fall, dass es auf Grund äußerlicher Umstände doch in den nächsten drei Jahren zum Nothaushalt käme. Denn die AÖR ist eine eigene Rechtspersönlichkeit, die zu 100 % Prozent in städtischer Hand liegt und damit als ausfallsicher gilt. Was heißt das für Erftstadt? Sollte der Plan B notwendig sein, sind wir weiterhin in der Lage, unsere Stadt und deren Flächen zu entwickeln. Wir bleiben in der Lage, Boden entsprechend zu bevorraten und zwar ohne irgendwelche Restriktionen. Das wäre im Nothaushalt so nicht möglich. Gerade auch die Schaffung neuer Baugebiete ist wesentlich für die Zukunft einer Stadt. Es ist der Wille meiner Fraktion, dass Erftstadt vom Boom im Rheinland profitiert.

Die AÖR wird das Fundament, um Entwicklung voran zu treiben. Wir sichern die Stadt ab, dass uns diese Möglichkeit nicht genommen werden kann. Kurzum: Wir schaffen Perspektiven.

Lassen Sie mich stellvertretend zwei aktuelle Projekte nennen, die eine solche Entwicklung beschreiben und die wir trotz der Flutbewältigung umgesetzt haben bzw. umsetzen werden. Das eine ist Mobie, den On-Demand-Verkehr, den wir als Pilotprojekt und erste Kommune im Rhein-Erft-Kreis umgesetzt haben. Es ermöglicht unseren Bürgerinnen und Bürgern die Mobilität zwischen unseren Ortsteilen fahrplanunabhängig und auf Wunsch in den Zeiten und auf den Strecken, in denen kein Bus verkehrt – und das ganze vollelektrisch und barrierefrei. Das andere ist die Ansiedlung der Erweiterung der Fachhochschule des Bundes im Ville Campus, der es Studierenden des Bundes ermöglichen wird, sich weiterzubilden und junge Menschen in unsere Stadt bringt. Weitere noch ausstehende Projekte sind die Ansiedlung der TH Köln und beispielsweise die Ansiedlung der Oberberg Kliniken in Herrig. Sie sehen: Es tut sich was in Erftstadt.

Ich möchte mich bei all den Fraktionen bedanken, die diesen Weg mittragen. Ich möchte mich bei Bürgermeisterin Carolin Weitzel und der Verwaltungsspitze bedanken, dass wir gemeinsam durch diese turbulenten Zeiten gehen konnten und dennoch Perspektiven für unsere Stadt wahren. Ich möchte mich beim Personal der Verwaltung bedanken, die mit Geduld den Weg der Auswirkungen der Organisationsstrukturanalyse mittragen. Ich möchte Sie aber auch ermutigen zu erkennen, dass wir nur gemeinsam etwas erreichen können. Ich möchte, dass Sie in Ihrer täglichen Arbeit den Blick für die Bürgerschaft und die finanziellen Probleme dieser Stadt entwickeln – bei jeder Entscheidung, die Sie treffen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger. Wir tun das auch in Ihrem Sinne, um mittel- bis langfristig zu besseren Lösungen zu kommen. Lassen Sie mich zu guter Letzt nochmal erläutern, warum der bisherige Haushaltsansatz und das Steuer- und Gebührenaufkommen nicht reichen konnte:

Die Corona-Pandemie hatte zu Einnahmeverlusten und Kosten bei der Stadt geführt. Die Flutkatastrophe kommt als singuläres Ereignis in unserer Stadt hinzu und wird uns noch Jahre, mit Sicherheit ein Jahrzehnt, beschäftigen. Die

Kreisumlage wurde um 1,5 Mio. Euro erhöht, die ÖPNV-Umlage um 500.000 Euro. Die Baukosten sind um 30 Prozent gestiegen (in den letzten zwei Jahren). Wir haben bei Vergaben und Beschaffungen mit der Preissteigerung durch die 7-prozentige Inflation zu kämpfen. Der Ukraine-Krieg hat die Energiepreise für die Stadt um 3,5 Mio. Euro in die Höhe steigen lassen und wird es im kommenden Winter wahrscheinlich wieder tun. Es gab einen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 5,5 Prozent. All das muss dieser und der nächste Haushalt zusätzlich stemmen. Wir haben hart gerungen, um das, was jetzt zur Abstimmung steht. Aber wir halten es für vertretbar und vor allem zukunftsorientiert.

Denn schon Albert Einstein sagte **„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“** Wir haben das beherzigt und darum schließe ich mit den Worten von Antoine de Saint-Exupery (französischer Schriftsteller und Pilot): **„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“** Das tun wir.

Vielen Dank.